

macht werden. Das auch diesmal wieder angeführte Argument, *Gaillot halte sich zu selten in seiner Diözese auf und reise zuviel*, dürfte jedenfalls nicht sonderlich ins Gewicht fallen. Es war bereits in anderen Zusammenhängen ein beliebter Einwand, um Mißliebige der Vernachlässigung ihrer pastoralen Pflichten zu zeihen (z. B. in den Auseinandersetzungen um den früheren Erzbischof von Olinda und Recife, *Dom Helder Camara*).

Daß ausgerechnet die angebliche mangelnde *Integrationsfähigkeit* Gaillots ein Grund für seine Amtsenthebung abgeben soll, erregte bereits erheblichen Unmut in der kirchlichen Öffentlichkeit. Wenn alle Bischöfe amtsent hoben werden müßten, die in jüngster Zeit in ihren Diözesen als Polarisierer und gerade nicht als „Brückenbauer“ wirkten, die Einheit ihrer Diözese bis an den Rand des Zerbrechens belasteten, dann wäre wohl zuallererst an eine Reihe von Bischöfen zu denken, die gegen den ausdrücklichen Willen tragender Teile der katholischen Bevölkerung in den betroffenen Diözesen durchgesetzt wurden.

Insofern dürfte es letztlich auch weniger die mangelnde Bereitschaft von Bischof Gaillot gewesen sein, Einheit zu stiften, die ihn in die nun entstandene Lage brachte, sondern die Tatsache, daß – wie Vatikan-Sprecher *Navarro-Valls* in dankenswerter Offenheit mitteilte – sich jene bekannten rechtskatholischen Briefeschreiber wieder einmal durchgesetzt haben, die seit Jahren nicht nur den französischen Bischöfen das Leben schwer machen. An den Ortsbischöfen vorbei versuchen diese Teile nicht nur des französischen Katholizismus, mit Hilfe Roms der Kirche im eigenen Land ihren Willen aufzuzwingen.

Gewonnen ist jedenfalls für die Kirche in Frankreich durch die Amtsenthebung nichts. Auf den Gebieten, auf denen sich Bischof Gaillot mit seinen unorthodoxen Ansichten hervortat (Homosexualität, Pflichtzölibat, Gebrauch von Präservativen zur AIDS-Prävention, Abtreibungspille RU 486 u. a.) ist nichts gelöst und wird es auch nicht ruhiger. Demgegenüber wird unter solchen Katholiken in Frankreich, für die

Gaillot eine letzte Verbindung zur Kirche darstellte, die Situation schwieriger. Obendrein stellt die Kirche mit Gaillot ausgerechnet einen in der französischen Öffentlichkeit viel beachteten Sprecher zugunsten von *Armen, Minderheiten und Einwanderern* ins Abseits. Nicht ausgeschlossen wäre es auch, daß – aus Enttäuschung, Verärgerung und Betroffenheit über die vatikanische Maßnahme Gaillot betref-

fend – nun manch ein Bischof seine Deckung verläßt und sich an die Disziplin innerhalb des Episkopat weniger gebunden fühlt. Und selbst wenn die mobilisierende Wirkung der Solidarisation mit Gaillot nur eine vorübergehende Erscheinung sein sollte – was z. Z. noch schwer zu beurteilen ist –: die Entscheidung Roms wird innerhalb des französischen Katholizismus zusätzlich polarisierend wirken. K. N.

Jugend: Lebensbedingungen in den neuen Bundesländern

Ende des vergangenen Jahres hat die Bundesregierung ihren Neunten Jugendbericht veröffentlicht. Der Bericht legt dieses Mal seinen Schwerpunkt auf die Lebensverhältnisse von Kindern und Jugendlichen in den neuen Bundesländern, ihre Zukunftsperspektiven und ihre Bewältigung des Transformationsprozesses

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene seien, so die von der Bundesregierung beauftragten Jugendexperten, von den ebenso abrupten wie totalen Annullierungs- und Entwertungsprozessen der handlungsleitenden und normativen Regelungen, den massiven Veränderungen staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen stärker betroffen als Erwachsene, da sie sich entwicklungsbedingt ohnehin in einer psychosozialen Umbruchsituation befänden. Darin unterschieden sich die 6,8 Millionen Kinder und Jugendlichen und junge Erwachsene die, in der ehemaligen DDR herangewachsen sind und seit 1989 den radikalen Umbruch ihrer Lebensverhältnisse erleben, noch einmal innerhalb einer allgemeinen ostdeutschen Befindlichkeit.

Kindheit in der DDR

Wie sie mit dieser quasi doppelten Umbruchsituation zu Rande kommen, wie sich ihre Lebensgewohnheiten und Lebensperspektiven damit ändern, beschreibt der 700 Seite starke Neunte Jugendbericht der Bundesregierung.

Er analysiert zum einen Probleme, Leistungen und weitere Anforderungen der Jugendhilfe nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz, zum anderen stellt er die konkreten Lebenssituationen der Jugendlichen in den Bereichen Bildung und Schule, Arbeitswelt, Freizeit, Mediennutzung und politische Kultur dar. Ein eigenes Kapitel verwendet der Bericht auf den Problem- bereich Gewalt, Rassismus und Rechtsextremismus.

Analysiert werden die sozialen Lagen und subjektiven Befindlichkeiten an der „ersten Schwelle“, zwischen Schule und Beschäftigungssystem und einer zweiten, dem Übergang auf den Arbeitsmarkt. Der Lage der Studierenden gilt ebenso ein eigenes Kapitel wie den Wehrpflichtigen und den behinderten Kindern und Jugendlichen. Durchgängig richten die Sachverständigen besondere Aufmerksamkeit auf die oftmals gravierenden Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Jugendlichen, die meist zuungunsten letzterer ausfallen.

In jedem der Themenbereiche stellt der Bericht eine ausführliche Schilderung der Kindheits- und Jugenderfah-

rungen zu DDR-Zeiten an den Anfang. Für die fünfziger Jahre könne man durchaus von einer anfänglichen Identifizierung der Jugend mit dem sozialistischen Programm und seinen Parolen ausgehen. Mit der Beseitigung des bürgerlichen Bildungsmonopols und der Öffnung von Bildung und Kultur für „alle Kindern des Volkes“ hätten sich zugleich ungewöhnliche Berufskarrieren und breit angelegte soziale Aufstiegsmöglichkeiten ergeben.

Für die sechziger und siebziger Jahre war entscheidend, so die Sachverständigen, daß Kindheit und Jugend hinter dem „antifaschistischen Schutzwall“ weitgehend abgeschottet von deutsch-deutschen und internationalen Begegnungsmöglichkeiten ablief. In dieser Zeit hätten sie „zwischen verregelmtem Alltag und privater Nische“ ein bescheidenes Wirtschaftswunder erlebt, in dessen Rahmen auch die berufliche Förderung von Mädchen und Frauen insgesamt und beispielsweise der Ausbau von Kindertagesstätten begann. Bereits in dieser Phase aber habe die Zahl der Jugendlichen zugenommen, die zum Staat auf innere Distanz gingen.

Es kam auch zu einem bildungspolitischen Kurswechsel, der sich etwa in der rückläufigen Zahl studierender Arbeiter- und Bauernkinder manifestierte. Schulen und Ausbildungsinstanzen habe man noch in der ersten bildungspolitischen Phase für die Rekrutierung einer neuen Sozialkultur und einer sie repräsentierenden Führungselite instrumentalisiert. Seit Anfang der siebziger Jahre jedoch sicherten diese zunehmend die Bildungs- und Berufsperspektiven der Kinder jener inzwischen etablierten Funktions- und Führungseliten. Vor allem in den achtziger Jahren waren demnach die vorgezeichneten Bildungs- und Berufswege bei gleichzeitiger Reduktion der „attraktiven“ Positionen alles andere als „mobilitätsoffen“.

Deutlicher als zuvor waren Kinder und Jugendliche dann in den achtziger Jahren mit den ökonomischen Begrenz-

heiten konfrontiert, ebenso aber auch mit vergleichsweise bescheidenen Ausbildungs- und Berufsperspektiven. Bereits in der zweiten Hälfte dieser Dekade habe sich eine fortschreitende „Entschüchterung“ von Jugendlichen gegenüber jeglicher staatlicher Bevormundung gezeigt, eine breite Ablehnung des DDR-Staates insgesamt. Zunehmend bildete sich, so die Wertung des Berichts, eine „Konfliktkultur“ heraus, die individuelle Autonomie und die Chancen zu persönlichen Lebensentwürfen jenseits der staatlichen Vorgaben einzuklagen begann.

Eine durchgehend wichtige Dimension der Erfahrungen von Kindheit und Jugend in der DDR, dies hebt der Bericht an zahlreichen Stellen hervor, bildete der hohe Stellenwert, den die DDR-Bevölkerung insgesamt der Familie, dem Privat- und Freizeitbereich beigemessen habe. Allerdings sei die Familie eher eine *Komplementärstruktur* zur realsozialistischen Gesellschaft gewesen als eine wirklich alternative Gegenstruktur.

Der optimistische Blick in die Zukunft

Für die allgemeine Einschätzung der Jugendlichen von Wende und darauf folgendem Vereinigungsprozeß unterstreichen die Sachverständigen eine von jüngeren Jugendstudien vielfach belegte Tendenz: Während die allgemein gesellschaftliche Zukunft von den Jugendlichen in Ost und West mit einiger Skepsis betrachtet wird, blicken beide Gruppen mit großem Optimismus auf die eigene, persönliche Zukunft.

In der Beurteilung des Vereinigungsprozesses zeigt sich deutlich die Wechselwirkung von Chancen und Risiken, die Ambivalenz der Erfahrungen im beruflichen wie privaten Bereich. Nur ein kleiner Teil (16 Prozent) der Jugendlichen betrachtet indessen die mit dem Beitritt verbundene Verunsicherung der Berufs- und Lebensperspektive ausschließlich als Belastung. Auf der Gewinn-Seite bezeichnen 50 Pro-

zent der Jugendlichen die Reisefreiheit als besonders wichtige Veränderung, 30 Prozent die Kauf- und Konsumfreiheit und 16 Prozent die Meinungs- und Redefreiheit. Bei den Negativ-Erfahrungen nennen 39 Prozent Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, 13 Prozent die soziale Unsicherheit und die Angst, zu den Verlierern zu zählen. Bei einer Mehrheit der Jugendlichen in den neuen Bundesländern habe der Vereinigungsprozeß, so die Jugendexperten, zu einer Veränderung der Selbsteinschätzung geführt: 36 Prozent fühlten sich als „Bürger zweiter Klasse“.

53 Prozent der Jugendlichen sehen ihre persönlichen Erwartungen erfüllt. Deutlich negativer fällt diese Bilanz allerdings bei den Mädchen und jungen Frauen aus. Nur 20 Prozent der Jugendlichen in den neuen Bundesländern haben in das soziale Netz des wiedervereinten Deutschlands mehr Vertrauen als in das alte der DDR. Die beim Blick auf frühere DDR-Zeiten immer wieder verklärten „Werte der Mitmenschlichkeit“ sind für 36 Prozent der Jugendlichen durch die Umstellung auf die Wettbewerbsgesellschaft schwächer geworden. 55 Prozent stellen in punkto Mitmenschlichkeit dagegen keine Verschlechterung fest. Die DDR-Zeiten wünschen sich jedenfalls nur die wenigsten zurück: Auch 1993, so der Bericht, betonten 71 Prozent der Jugendlichen in den neuen Bundesländern, daß die 1990 gefallene Entscheidung für eine politische Ordnung nach westlichem Muster richtig gewesen sei. Die Sachverständigenkommission resümiert: In der Bewertung der Lebensverhältnisse nach der Wende ziehe der Alltag ein.

Die größte Sorge aber, die die Jugendlichen in den neuen Bundesländern bewegt, bleibt die *Arbeitsmarktsituation*, sowohl was die eigene berufliche Zukunft angeht als auch die der Eltern. Nach wie vor zeige die Arbeitslosenstatistik, so der Bericht, daß Jugendarbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern anders als im Westen kein Problem von ungelerten, sozial benachteiligten Jugendlichen sei, sondern den Übergang von der Berufsaus-

bildung in den Arbeitsmarkt generell betreffe.

Selbstbewußte Jungakademiker

Bei *Bildungs- und Berufswahlverhalten* der ostdeutschen Jugendlichen stellt die Sachverständigenkommission einen fortgesetzten Trend hin zur weiterführenden Schule und zum Abitur fest, wie er sich auch in Westdeutschland seit Jahr und Tag beobachten läßt. Für die Ausbildungsentscheidung sei weithin das deutlich hinter der Nachfrage zurückbleibende Angebot an Ausbildungsstellen prägend. Ausführlich schildert der Bericht die teilweise unerwartet großen Umstellungsschwierigkeiten bei der betrieblichen Ausbildung. Die kurz nach der Wende noch sehr hohe Bereitschaft zur Westwanderung bei der Lehrstellensuche sei inzwischen deutlich zurückgegangen.

Ein erkennbar positives Bild können die Sachverständigen zur Lage der *Studierenden* zeichnen. Grundsätzlich wächst ihr Anteil unter den jungen Erwachsenen in den neuen Bundesländern: vom Wintersemester 91/92 zu 92/93 um drei Prozent. Dabei geht der Bericht von einer fortgesetzten Steigerung von geschätzt 36 000 im Jahr 1996 bis auf 65 000 im Jahr 2003 aus. Die Entwicklung der beruflichen Integration der ostdeutschen Akademiker sei nach der Wende bis zum Erhebungsjahr 1992 ausgesprochen positiv verlaufen. Als erfreulich registriert man das hohe Selbstbewußtsein der jungen Akademiker, die sich durchaus als konkurrenzfähig zu ihren westdeutschen Kommilitonen einschätzten; problematisch bei dieser Gruppe sei ihre weitgehende *Entpolitisierung*.

Die vielfach vertretene These, die ostdeutschen Frauen seien die eigentlichen Verliererinnen der deutschen Einheit, findet im Bericht weitgehend Bestätigung. Jedoch verweisen auch hier die Sachverständigen auf notwendige Differenzierung bei der Betrachtung der Sozialisationsbedingungen, der sozioökonomischen Situation und

des offiziellen Frauenbildes der DDR, besonders beim „Mythos“ der Gleichberechtigung: Neben der Berufstätigkeit, dem Kern dieses offiziellen Bildes, das nicht nur das Recht sondern ebenso die moralische Pflicht zur Arbeit einschloß, habe im Familienalltag die typisch weibliche Rollenerwartung dominiert, gleiche Bildungschancen habe es nie wirklich gegeben. Auch in der DDR gab es die geschlechtstypische Berufswahl, ein deutliches Lohngefälle zwischen Mann und Frau und deren Unterrepräsentanz in leitenden Positionen. Mädchen waren gegenüber den männlichen Altersgenossen beispielsweise im Freizeitverhalten deutlich benachteiligt.

Dennoch: Die Expertenkommission geht bei Arbeitsmarktsituation und Entwicklung der Berufsperspektiven von Mädchen und jungen Frauen von einer eindeutigen Verschlechterung gegenüber DDR-Verhältnissen aus. Bedrückend fällt dabei besonders die Schilderung von Arbeitsmarktchancen und allgemeiner Lebenssituation der alleinerziehenden junger Frauen aus. Für Berufseinsteigerinnen habe sich das Wahlfeld de facto deutlich eingengt. Weiblichen Jugendlichen werden weniger Ausbildungsplätze angeboten als den männlichen Konkurrenten; wenn überhaupt, liegen sie meist nur in „weiblichen Ausbildungsbereichen“. Die Lebensentwürfe der jungen Frauen haben sich indessen nicht ver-

ändert: Im Vordergrund stehe für sie der Versuch, beruflich Fuß zu fassen. Berufstätigkeit und Familie, die weiterhin – wenn auch mit Einschränkungen im Verhältnis zu DDR-Zeiten – hoch im Kurs steht, betrachten sie immer noch als prinzipiell vereinbar. In der Selbsteinschätzung sähen sie sich nur partiell als Verliererinnen. Vor allem aber verbinden sie mit der tendenziell kritischen Einschätzung des Einigungsprozesses, keine Aufwertung der früheren und keine prinzipielle Abwertung der gegenwärtigen politischen Ordnung.

Nicht nur bezüglich der Mädchen und jungen Frauen dokumentiert der Bericht eine insgesamt nur schwer auf einen Nenner zu bringende *Umbruchsituation*. Neben der allgemeinen Zuversicht in die Zukunft und positiven Signalen wie dem, daß 95 Prozent der Jugendlichen in den neuen Bundesländern Gewalt gegen Ausländer ablehnen, stehen die Daten einer weiterhin betrüblichen ökonomischen Situation: 11,2 Prozent der Arbeitslosen in den neuen Bundesländern sind jünger als 25 Jahre, jeder dritte Sozialhilfeempfänger ist jünger als 18. Vor allem aber zeigen die Sachverständigen an zahlreichen Stellen auf, wie eng miteinander verwoben die einzelnen Problemfelder sind. Deutlich fällt daher die Warnung vor einer Enttäuschung des derzeit weitverbreiteten Zukunftsoptimismus aus. A. F.

US-Bischöfe: Gesamtkirchliche Normalität in der Frauenfrage

Auf ihrer Vollversammlung im November äußerten sich die US-Bischöfe zum päpstlichen Schreiben „Ordinatio sacerdotalis“ in einer Erklärung, die die ganzen Verlegenheiten der US-Kirche mit diesem Thema zum Ausdruck bringt.

Ein weites Spektrum an sozialen und gesellschaftlichen wie innerkirchlich relevanten Themen stand auf der Tagesordnung der letzten Vollversammlung der US-Bischöfekonferenz, die vom 14. bis 17. November in Washing-

ton stattfand. Verlauf und Kontext der Vollversammlung zeigten einmal mehr die veränderte Lage, in der der US-Episkopat sich derzeit befindet – Folge einer fortgesetzten Polarisierung innerhalb der US-Kirche und Ergebnis